

# Beilage 1777/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags  
betreffend drohender Postamtschließungen und Personalabbau

Gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser  
Antrag als dringlich bezeichnet.

### Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung  
heranzutreten, damit

1. Diese auf das Postmanagement einwirkt,

- sodass keine weiteren Postamtschließungen vorgenommen und
- die Overhead- und Sachkosten reduziert werden,

2. ein eigenes Postmarktgesetz durch das zuständige  
Infrastrukturministerium geschaffen und die umgehende Neufassung der  
Post-Universaldienstverordnung vorgenommen wird, damit sichergestellt  
wird, dass alle Mitbewerber der Post die gleichen Bedingungen erfüllen  
müssen, und somit eine dauerhafte und flächendeckende Versorgung der  
Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch im ländlichen Raum  
sichergestellt wird.

3. die Möglichkeit neuer Dienstleistungen der Post geprüft werden, damit  
das Unternehmen mit innovativen und modernen Angeboten gut gerüstet im  
europäischen Markt bestehen kann.

4. Verhandlungen für einen verbindlichen Kollektivvertrag für Brief- und  
Paketzusteller aufgenommen werden.

### Begründung

Im Jahr 2004 wurde dem Öö. Landtag vom Postvorstand erklärt, dass die  
damaligen Postamtsschließungen eine Folge der Liberalisierung des  
Postmarktes seien. Des Weiteren schlossen er weitere Schließungen wegen  
der damaligen Maßnahmen aus. Aufgrund der laufenden Diskussion allein  
um die kolportierte Schließung von 300 Postämtern noch in diesem Jahr -  
Gerüchten zu Folge von über 1000 Postämtern bis zum Jahr 2015 - ,  
Kündigung von 9.000 Postmitarbeiterinnen und Postmitarbeitern und den  
weiteren Rückzug der Post aus vielen Städten und Gemeinden Österreichs  
wurde nun unter dem Titel "Stopp dem Postraub" sogar ein Volksbegehren  
initiiert. Die Initiatoren und Personalvertreter kritisieren vor allem, dass  
trotz einer Dividendenausschüttung von beinahe 200 Mio. Euro im  
vergangenen Jahr sowie eines Aktienrückkaufs in Höhe von 60 Mio. Euro  
versucht wird, Sozialstandards mittels Scheinselbstständigkeit zu umgehen,  
um die Post auf den bevorstehenden Wettbewerb mit privaten Anbietern  
von Briefversand vorzubereiten.

Mittels eines durch den Postvorstand betriebenen offensiven Filialkonzeptes,  
und eines für alle Marktteilnehmer gültigen Postmarktgesetzes und einer  
novellierten Universaldienstverordnung soll vor allem hinsichtlich der  
Zustellungen, Zustellfrequenz und Laufzeiten für Briefsendungen eine den

Bedürfnissen der Kunden entsprechende, qualitativ hochwertige, flächendeckende und allgemein erschwingliche Versorgung gewährleistet werden. Nur dadurch wird auf Personen, welche in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wie z.B. ältere oder behinderte Menschen, Rücksicht genommen.

Um die flächendeckende Versorgung der oberösterreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen zu gewährleisten, wird dieser rechtliche Rahmen auch Bestimmungen enthalten müssen, um eine Unterversorgung dünn besiedelter ländlicher Gebiete sowie verschiedener Stadtteile zu verhindern. Großes Augenmerk wird auch darauf zu legen sein, dass es bei Postdienstleistungen im ländlichen Raum zu keinen Verteuerungen kommt.

Scharf zu kritisieren ist weiters die Art und Weise der laufenden Diskussion, da weder die Informationssperre noch das beharrliche Schweigen des Postvorstandes geeignet ist, eine sachliche Diskussion über die Zukunft der Post zu führen und die Ängste und Sorgen der von den Schließungen bedrohten Postmitarbeiterinnen und Postmitarbeitern ernst zu nehmen.

Oberösterreich hat bereits in zwei großen Wellen die Schließung von 175 Postämtern hinnehmen müssen. Von Seiten des Postvorstandes wurde diese Strukturbereinigung schon damals mit der notwendigen Vorbereitung auf die Herausforderungen eines liberalisierten Brief-Marktes begründet. Eine neuerliche Ausdünnung durch Postamtschließungen gefährdet Arbeitsplätze und die flächendeckende Versorgung der oberösterreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen und ist für die regionalen Strukturen im ländlichen Raum aber auch für manche bevölkerungsreiche Stadtteile bedrohlich.

Linz, am 3. März 2009

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Kapeller, Kraler, Schreiberhuber, Chansri, Bauer, Mühlböck, Schenner, Eidenberger, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Affenzeller, Jahn, Lindinger, Lischka, Prinz, Makor-Winkelbauer, Mann, Pilsner, Weichsler-Hauer, Schmidt**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Jachs, Frauscher, Eisenrauch, Entholzer, Stanek, Lackner-Strauss, Schürerer, Kiesl, Hüttmayr, Bernhofer, Steinkogler, Ecker, Weinberger, Mayr, Schillhuber, Strugl, Weixelbaumer, Baier, Aichinger, Pühringer, Hingsamer, Brunner, Brandmayr**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner**